

Wozu noch EU-Erweiterung?

Die Europäische Kommission stellt an diesem Mittwoch ihre Fortschrittsberichte zu den Beitrittswerbern am Westbalkan, Island und der Türkei vor. Man könnte sich zu Recht fragen, warum wir überhaupt diesen Erweiterungsprozess der Europäischen Union fortsetzen sollten, gibt es doch durch die Nachwirkungen der globalen Finanzkrise, die Schwierigkeiten in der Eurozone und die Veränderungen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft schon genug Herausforderungen.

Die Antwort auf diese Frage ist aus unserer Sicht klar: Die Erweiterung ist nämlich ein Teil unserer Antwort auf diese vielen Herausforderungen! Sie steigert wirtschaftliche Stabilität und fördert den Handel mit Kandidatenländern, was angesichts eng vernetzter Wirtschaften wiederum für Wachstum und Arbeitsplätze in allen Mitgliedsstaaten sorgt.

Seit 2000 ist das Handelsvolumen zwischen den EU-15 und den neuen EU-Mitgliedstaaten der Erweiterungsrunden von 2004 und 2007 um ein Dreifaches gestiegen. Österreich konnte von 1995 bis 2011 seine Direktinvestitionen in die neuen Länder sogar verfünffachen. Die EU-Erweiterung 2004 führte in den Folgejahren zu einer Schaffung von rund 9000 Arbeitsplätzen in Österreich - pro Jahr. Und dieser positive Trend hält an.

Es geht aber auch um die Sicherung von Frieden und Stabilität, es geht darum, alle EuropäerInnen zu einem Teil unseres gemeinsamen demokratischen Friedensprojekts zu machen. Die europäische Nachbarschaft erlebt dramatische Umbrüche. Wenn Europa glaubhaft als Akteur auf der Weltbühne auftreten will, müssen wir in unserer nächsten Nähe erfolgreich für Stabilität sorgen können.

Gerade auf dem Westbalkan ist uns hier schon viel gelungen. In den Neunzigerjahren ein Ort der Verzweiflung und Zerstörung, sind heute, keine 20 Jahre später, durch die klare europäische Perspektive Frieden und Stabilität in der Region gefestigt: Kroatien sollte 2013 der EU beitreten, mit Montenegro haben wir Verhandlungen begonnen, die Aussichten stehen gut, dass die ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien und Serbien ebenfalls in absehbarer Zukunft nachfolgen könnten.

Mitgliedschaft verlangt aber auch, dass die Länder ihre Hausaufgaben gemacht haben. Wir haben hier besonders aus den letzten Beitrittsrunden eines gelernt: Rechtsstaatlichkeit, starke demokratische Strukturen und wirksame Bekämpfung von Korruption und organisiertem Verbrechen sind unumstößliche Grundvoraussetzungen. Diese Bedingungen fordern wir in den Verhandlungen konsequent ein. Dazu zählt auch der Aufbau solider Nachbarschaftsbeziehungen unter den Beitrittswerbern. Denn die EU ist nicht bereit, ungelöste Konflikte mit hereinzunehmen.

Wir haben es vielfach erlebt: Die Erweiterungspolitik führt zu tiefgreifenden demokratischen und wirtschaftlichen Veränderungen in den Beitrittskandidaten, sie ist ein Katalysator des gesellschaftlichen Wandels. Dieser Wandel muss auf denselben Werten und Prinzipien aufbauen, auf denen die Union in Jahrzehnten gewachsen ist.

Es gilt dabei behutsam ans Werk zu gehen. Das bedeutet, die Beitrittsländer haben die an sie gestellten Bedingungen konsequent umzusetzen und die EU soll ihre

Fähigkeit zur Integration neuer Mitglieder berücksichtigen. Dann sind wir auf dem richtigen Weg für Stabilität, Wachstum und Frieden in Europa.

Der erneuerte Konsens über die Erweiterung, der auf der Tagung des Europäischen Rats im Dezember 2006 festgelegt wurde, beruht auf den Grundsätzen der Konsolidierung von Verpflichtungen, der fairen und strengen Konditionalität und der besseren Kommunikation mit der Öffentlichkeit, wobei die EU ihre Fähigkeit zur Integration neuer Mitglieder unter Beweis stellen muss. Die derzeitige Erweiterungsagenda betrifft die westlichen Balkanländer und die Türkei.